

JUNGE KÄMPFER

Nr. 4 April 1930 2. Jahrg.

Organ des K. J. V. D. (Opposition)

Zurück ins Mittelalter!

Seit der November-Revolution 1918 wagte es die herrschende Klasse nie, in so rücksichtsloser Weise ihre reaktionären Pläne durchzuführen. Zwölf Jahre nach der Revolution ist die arbeitende Jugend Deutschland Zeuge der schwärzesten Kulturreaktion, der schlimmsten politischen Entrechtung und wirtschaftlichen Ausbeutung. Hunderttausende erwerbslose Jugendliche sind durch den Raub der Erwerbslosenunterstützung dem Hunger und Elend preisgegeben. Ein Fürsorge-skandal löst den anderen ab, Sadisten und Prügelhelden können ungestraft — geschützt von Behörden und Kirchen — ihr Unwesen treiben. Ein Freiheits- und jugendfeindliches Gesetz folgt dem andern. Dem Gesetz zum Schutz der Jugend vor Schmutz und Schund, dem Gesetz zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten folgten die Vereinbarungen zwischen Ländern und Kirche, wonach der Erziehung der Jugend den engstirnigen und beschränkten Prügelpädagogen und Pfaffen überlassen wird. Arbeiterschutzgesetz, Hausgehilfengesetz, Berufsausbildungsgesetz, ein neues Strafgesetz mit schändlichen Bestimmungen gegen die Jugend — alles Gesetze, die in letzter Zeit geschaffen worden sind, um die arbeitende Jugend zu knebeln.

Am 18. März, dem denkwürdigen Tag, an dem sich 1848 das werktätige Volk Berlins gegen die alte Herrschaft erhob, und sich im Barrikadenkampf die ersten demokratischen Rechte erkämpfte, am 18. März, dem Tag der Pariser Kommune 1871, an dem das Proletariat die Herrschaft der Bourgeoisie vernichtete und seine eigene politische Macht — wenn auch nur für kurze Tage — aufrichtete, just an diesem Tage hat der deutsche Reichstag von Hindenburg und Gottes Gnaden das Severing'sche Republickschutzgesetz, das die reaktionärsten Bestrebungen Bismarcks und des kaiserlichen Deutschland in den Schatten stellt, angenommen. Tiefste politische Entrechtung der arbeitenden Jugend, schamlose wirtschaftliche Ausbeutung,



schwärzeste Kulturreaktion und geistige Verdummung charakterisieren den gegenwärtigen Zustand.

In diese Zeit fällt der „heilige Feldzug des Papstes gegen das bolschewistische Barbarentum in der Sowjetunion“. Daß dort im Osten sich ein Volk der Kapitalisten- und Pfaffenherrschaft entledigte, die Trennung von Staat und Kirche und Schule und Kirche durchführte, daß dort ein Volk seine Jugend frei von religiösen Vorurteilen, auf der Grundlage der wirklichen Wissenschaft erzieht, paßt den Herren Kapitalisten und Pfaffen nicht in ihr Bestreben, die Menschheit in mittelalterlichen Zuständen zu halten. Das Papsttum und die Kirche, die zwei Jahrtausende durch Scheiterhaufen, Folterung und Martertod die Menschheit in geistigem Stumpsinn, Unwissenheit und Unterdrückung hielten, schicken sich an, unter heuchlerischer Maske den Feldzug gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat, der in fortschreitendem Tempo den Sozialismus aufbaut, zu eröffnen. Sie sehen in dem Bestehen der Sowjetunion, in der Sozialisierung dieses Sechstels der Erde, eine drohende Gefahr für die kapitalistische Gesellschaftsordnung und damit auch eines ihrer bequemsten Unterdrückungsmittel, die Kirche. Darum das Geschrei.

Es ist Zeit, daß die arbeitende Jugend und das erwachsene Proletariat in einheitlicher geschlossener Kampffront die politische und kulturelle Reaktion zurückschlägt und dem Sieg der Freiheit und Kultur, dem Sieg des Sozialismus die Wege ebnet.

Kampf der Kulturreaktion!

Kampf dem Papstfeldzug!

Für die Sowjet-Union!

Für die Verteidigung
des sozialistischen Aufbaus!

Roter Jugendtag! Ruhla Ostern 1930



in Thüringen

Trotzdem die Thüringer Regierung keine rein faschistische ist, — die Nazis haben nur sieben Abgeordnete — gibt doch der Faschist Frick, der Innen- und Volksbildungsminister zugleich ist, den Ausschlag.

Die erste Tat Fricks war das Verbot und die Beschlagnahme sozialdemokratischer Flugblätter und Plakate.

Als Innenminister untersteht ihm die Thüringer Lapo. Dazu äußerte sich Frick, daß er sie zu einem wirklichen Schutz des nationalen Thüringen machen will, insbesondere soll sie zuverlässiger werden wie die Preußische. Was bei Herrn Frick das bedeutet, versteht man im Zusammenhange mit einem Rundschreiben an alle SA-Führer, daß tüchtige SA-Leute Ausbildung in der Thüringer Lapo erhalten.

Besonders übt sich Frick auch in Volksbildung. Der Zuschuß für die Volkshochschulen ist bereits eingestellt worden, so daß sie in Kürze geschlossen werden müssen. Der Kurs, der in den Volks- und Berufsschulen eingeschlagen werden soll, zeigt der Fall in Arnstadt, wo ein Lehrer gemäßregelt worden ist, weil er während des Unterrichts das Buch Remarques „Im Westen nichts Neues“, während des Unterrichts benutzte. Der Fall Siefert, Weimar, zeigt, daß Frick von Hitlers Gnaden thüringischer Minister, selbst gegen Bürgerliche vor geht. Geplant ist noch, daß in Volks- und Berufsschulen obligatorisch vor dem Unterricht ein Gebet gesprochen wird mit dem nationalen Stoßseufzer, Herr mach uns frei. Um sich wieder beliebt zu machen bei den Krautern ist geplant, die Berufsschule wieder auf Sonntags und nach der Arbeitszeit zu verlegen.

Diese Episode der faschistischen Unterdrückung und Reaktion soll noch gekrönt werden durch die Einführung der Arbeitsdienstpflicht. Eine entsprechende Vorlage liegt dem Thüringer Kabinett bereits vor. Die Arbeitsdienstpflicht soll die Jugend körperlich und geistig im nationalen Sinne ertüchtigen, und den Arbeitsmarkt durch Entziehung einiger tausend Jugendlicher entlasten. Das erstere lehnen wir ab und bedanken uns für eine solche Erziehung durch preußische Feldwebel; das zweite ist paradox; deshalb nicht diskutabel. In der Praxis ist gedacht, Jugendliche von 20—22 Jahren zu kasernieren. Dabei sollen sie nicht nur geistig „gebildet“ werden, oder durch sporteln körperlich gekräftigt, sondern sollen auch produktiv zur Arbeit herangezogen werden. Dieses soll in landwirtschaftlichen Arbeiten und im Straßenbau bestehen. So würde in der Hand Fricks eine staatliche Lohndrucker- und Streikbrechergarde entstehen.

Was ist nun in dieser Situation zu tun? Die SAJ. unternimmt bisher nichts. Auf ihrer Bezirkskonferenz hatten die Mitglieder den Willen, etwas zu tun. Es kommt nun darauf an, sich gegen die Zentralinstanzen durchzusetzen. Auch der offizielle Jugendverband versteckt sich hinter blöden Phrasen. Der Jugend-Sekretär Barthel, M. d. L., schweigt ebenfalls.

Wir als KJV. (Opposition) sind gewillt, diesen Abwehrkampf zu organisieren, der darin besteht, die Einheitsfront der proletarischen Jugend zu schaffen.

Was uns die Nazis bescheren wollen

In Thüringen macht der nationalsozialistische Innenminister Frick von sich reden. Er demonstriert dort, wie die Praxis nationalsozialistischer Politik aussieht. Das gerade Gegenteil kommt heraus, was diese Demagogen landauf — landab behaupten oder täglich in den Leitartikeln ihrer Zeitungen zum Besten geben. Einmal zur Macht gelangt, zeigen sich diese Herrschaften als die übelsten Reaktionsäre und größten Feinde der Arbeiterjugend.

Der faschistische Innenminister Thüringens, Frick, beabsichtigt ein Gesetz einzubringen, das die Arbeitsdienstpflicht für Thüringen einführt. Alle Jugendlichen beiderlei Geschlechts sollen im Alter von 17 bis 21 Jahren für ein Jahr arbeitsdienstpflichtig werden. Die Dienstpflicht soll neben Landarbeit im Wezebau und wichtigen Kulturaufgaben des Landes bestehen.

Die Nazis begründen ihr Vorhaben, diese Zwangsarbeit gesetzlich zu verankern etwa so: Meistens ist das Endergebnis

PROGRAMM

zur Kundgebung der Thüringer Proletarischen Jugend gegen Faschismus Arbeitsdienstpflicht, jugendliche Gesetze, für die Einheitsfront der proletarischen Jugend zum Kampfe gegen wirtschaftliche und politische Entrechtung der Jugend, für das Kampfprogramm der Jugend.

Sonnabend, bis 7 Uhr Eintreffen der Auswärtigen, 8 Uhr Begrüßungskundgebung in der „Traube“ (Volkshaus).

Sonntag, 10½ Uhr Stellen am Liebknechtplatz zur Demonstration, 11½ Kundgebung auf dem Karlsplatz. Nachmittags Treffen im Arbeiterschützenheim.

langandauernde Arbeitslosigkeit das gleiche. Der von ihr Betroffene kommt entweder auf allerlei dumme Gedanken, die dann eines Tages in Konflikt mit den Gesetzen ausmünden, oder er trägt seine paar Groschen in die Kneipe, wo er sicher sein kann, ein paar Leidensgenossen zu finden. Hier sind dann wieder die Brätherde aller dieser mannigfachen politischen Ausschreitungen, die unter der Fahne der Agitation für den Kommunismus segeln. Welche kolonialisatorischen Möglichkeiten bietet doch der deutsche Osten! Der Mittellandkanal harret noch immer seiner Vollendung. In Ostpreußen desgleichen ein großes Kanalprojekt, Trockenlegung der Sümpfe und ähnliches. Die Kommunisten sind natürlich gegen die Einführung der Arbeitsdienstpflicht, erklären die „Befreier“ Deutschlands weiter, weil die Sache zu sehr nach Militarismus riecht, denn es ist ganz klar, daß es bei den Arbeitsdienstpflichtigen ohne eine strafe Disziplin nicht abgehen wird. Außerdem würden sich diese Arbeiter selbst finanzieren und zu einer großen Bereicherung des Volksvermögens beitragen.

Das ist deutlich genug gesprochen. Jeder Junge Arbeiter kann sich schon heute vor-

stellen, was diese Arbeitsdienstpflicht für ihn bedeutet.

Der Plan, die Arbeitsdienstpflicht einzuführen, ist nicht neu. Seit Jahren wird dafür von den nationalen Wehrverbänden und den bürgerlichen Parteien die Reklametrommel geschlagen. Wiederholt lagen schon derartige Gesetzentwürfe dem Reichstag vor. Bisher gelang es aber immer noch, diesen ungeheuerlichen Anschlag abzuwehren.

Wird dieser Plan jetzt in Thüringen Wirklichkeit, dann dauert es nicht mehr lange und die übrigen Länder folgen diesem Beispiel. Wir schlagen Alarm! Die proletarische Jugend muß dagegen ankämpfen. Sie darf sich nicht widerstandslos versklaven lassen.

Arbeitsdienstpflicht! Das bedeutet billige Ausbeutungsobjekte für die Krautjunker und Schlotbarone!

Arbeitsdienstpflicht! Das bedeutet die Schaffung eines Heeres von Lohndruckern und Streikbrechern, die gesetzlich gezwungen werden sollen, an ihrer eigenen Klasse Verräter zu werden!

Arbeitsdienstpflicht! Das ist die erste Etappe zur allgemeinen Militärpflicht, ist eine der Vorbereitungen zu neuem imperialistischen Krieg!

Geschlossene Front! Der Anschlag muß abgewehrt werden!

S.A.J. gegen „Arbeiter-Jugend“

Am Sonntag, den 9. März fand in Erfurt die Bezirkskonferenz der SAJ. statt. Als Vertreter des Hauptvorstandes sprach Ollenhauer, Berlin. In seinem Hauptreferat betonte er, daß die SAJ. mehr politische Erziehungsarbeit leisten müsse, hingegen die politische Aktivität der Partei vorbehalten bleiben müsse. In der Praxis bedeutet das, daß die Mitglieder zwar über „Urschleim“ diskutieren können, aber sonst über ihre Lage, und wie sie dieselbe verbessern können, sollen ihre Ministergenossen reden. Erfreulicherweise wandten sich in der Diskussion alle Delegierten gegen die Auffassung Ollenhauers. Nun, wir werden ihnen Gelegenheit geben, in der Praxis zu ihren Reden zu stehen. Sie müssen zeigen, ob sie gemeinsam mit uns gegen Faschismus und weitere wirtschaftliche Verschlechterung kämpfen wollen.

Im weiteren wurde ein Antrag, trotz Ollenhauers Gegenrede, einstimmig angenommen, der Stellung gegen die Schreibweise und Politik „Der Arbeiterjugend“ nimmt. Als Antwort auf diese Willenskundgebung wurde der als äußerst rechts stehende Reichstagsabgeordnete Georg Dietrich in die Bezirksleitung der SAJ. geschickt.

Wieder eine neue Gruppe

In Siebleben bei Gotha ist es den Thüringer Genossen gelungen, nach der Reichskonferenz eine neue Ortsgruppe zu gründen. Bis jetzt zählt diese bereits 15 Genossen. Wir begrüßen die neuen Mitstreiter in unseren Reihen.

Werde Mitglied
des KJV.
(Opposition)

